



Regierungsprogramm der Baden-Württemberg SPD

**Es ist Zeit -
Baden-Württemberg erneuern**

A01 - 01870



Es ist Zeit.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Postfach 104263, 70037 Stuttgart

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Telefon 0711/619360

Fax 0711/6193620

E-Mail: info@bawue.spd.de

A 01 - 01870

Regierungsprogramm der Baden-Württemberg SPD

I.	Die SPD will im Herzen Europas ein modernes und sozial gerechtes Baden-Württemberg schaffen	2
II.	Bildungsland Baden-Württemberg	3
III.	Innovationsland Baden-Württemberg	9
IV.	Moderne Infrastruktur für das Verkehrsland Baden-Württemberg	12
V.	Soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg	15
VI.	Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken	17
VII.	Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten Modernes Energieland Baden-Württemberg	18 20
VIII.	Sicheres Baden-Württemberg	21
IX.	Die Menschen gewinnen	23



I. Die SPD will im Herzen Europas ein modernes und sozial gerechtes Baden-Württemberg schaffen

Unser Land steht am Beginn des neuen Jahrhunderts vor großen Aufgaben. Es ist Zeit, in Baden-Württemberg diesen Wandel zu gestalten. Durch eine Politik, die nah bei den Menschen und den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet ist.

Es ist Zeit für eine Landesregierung unter der Führung der SPD Baden-Württemberg. Wir haben kräftigen Rückenwind aus Berlin. Die SPD hat einen starken und erfolgreichen Kanzler. Die SPD will ein modernes und sozial gerechtes Baden-Württemberg schaffen. Wir stehen für Erneuerung und Gerechtigkeit.

Es ist Zeit, den Machtmissbrauch, den schwarzen Filz und die Ämterpatronage der alten und verbrauchten CDU-Landesregierung zu beenden. Nach 47 Jahren CDU-Herrschaft im Land ist es Zeit für einen Wechsel.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Hier leben gut ausgebildete, fleißige und leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben kreative Unternehmerinnen und Unternehmer und erfindungsreiche Ingenieurinnen und Ingenieure. Baden-Württemberg hat deshalb alle Chancen, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Was dem Land jedoch bisher fehlt, ist eine moderne und sozial gerecht handelnde Landesregierung.

Wir müssen Arbeit schaffen, die Zukunft unserer Kinder sichern und für Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft sorgen. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung sind der Schlüssel für unsere Wirtschaftskraft und für die Zukunftschancen aller Menschen in der Informations- und Wissensgesellschaft.

Wir wollen, dass Frauen und Männer selbstbestimmt leben können. Zu einer gerechten Gesellschaft gehört auch, die Gleichstellung von Frauen weiter zu verbessern. Für uns ist Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft und der Politik. D.h. auch dass jedes Ministerium politische Vorhaben und Initiativen auf die Erfüllung von Gleichstellungszielen prüfen wird. Für eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung mit einer Ministerpräsidentin an der Spitze wird dies ein Prüfstein für Gerechtigkeit in der Gesellschaft sein.

Die SPD in Baden-Württemberg ist bereit, Verantwortung für die Zukunft des Landes zu übernehmen. Wir wollen als bürgernahe und heimatverbundene Partei die Zukunft des Landes zusammen mit seinen Menschen gestalten. Wir werden unser schönes und starkes Land zu einem Vorbild für Leistung und Gerechtigkeit machen.

II. Bildungsland Baden-Württemberg

In unserer Informations- und Wissensgesellschaft kommt der Bildung eine Schlüsselrolle zu. Eine gute Bildungspolitik ist wichtig für die Zukunft unserer Kinder und für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Gerechte Bildungschancen für alle sind das Fundament der sozialen Gerechtigkeit in einer Informations- und Wissensgesellschaft.

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, die Zukunft aus eigener Kraft, durch eigene Leistungen und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Zukunftschancen der jungen Menschen sollen von ihren Leistungen und Begabungen, nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die verfassungsrechtlich gesicherte Lernmittelfreiheit wieder in vollem Umfang zur Geltung bringen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit im Bildungswesen. Wir werden die Benachteiligung von Mädchen und Frauen im Bildungswesen und in der Arbeitswelt abbauen.

Eine innovative und gerechte Bildungspolitik muss das Wissen und die Kompetenz vermitteln, die morgen über gesellschaftlichen, demokratischen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden. Dabei muss gleichzeitig verhindert werden, dass Menschen, die nicht Schritt halten können mit den immer höheren Anforderungen an die Qualifikation, in das soziale Abseits gestellt werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein Gesamtkonzept für Baden-Württemberg entwerfen, das Schulen, Hochschulen und berufliche Bildung einerseits, Kindergärten, Weiterbildung und außerschulische Jugendbildung andererseits umfasst. Eine innovative Bildungspolitik braucht eine Vielfalt von Schulformen und Modellen. Angesichts rechtsextremistischer Umtriebe werden wir auch auf den Ausbau der politischen Bildung achten. Dabei wollen wir das Bildungsangebot in Baden-Württemberg weiterentwickeln und ein System lebensbegleitenden Lernens gestalten. Die intensive Nutzung der Neuen Medien, die gezielte Förderung von Mädchen und Frauen und eine deutliche Öffnung zu den europäischen und internationalen Partnern werden Markenzeichen dieses Bildungssystems sein.

Um überflüssige Bürokratie abzubauen wird eine SPD-geführte Landesregierung die Zuständigkeiten für Schulen und Hochschulen in einem Ministerium zusammenführen.

Die Schule der Zukunft braucht eine neue Aufgabenteilung zwischen dem Land und den kommunalen Schulträgern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit den Kommunen die Aufgaben und Finanzverantwortlichkeiten neu und gerecht regeln.

Frühkindliche Erziehung und Bildung stärken

Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildung und Ausbildung werden schon auf den ersten Metern des Bildungsweges gelegt. Lernbereitschaft, Neugier, soziale Kompetenz und weitere Schlüsselqualifikationen können schon im Kindergarten und in der Grundschule gefördert werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die frühkindliche Erziehung und die Stärkung der Grundschulen in den Mittelpunkt der Bildungspolitik stellen.

Lebendige Häuser des Lernens

Wir wollen, dass unsere Schulen lebendige Häuser des Lernens werden. Die Schule der Zukunft muss sich der Gesellschaft öffnen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb z.B. die Zusammenarbeit mit Vereinen oder Musikschulen fördern und anregen. Die Schule der Zukunft muss ein Ort der Begegnung und des Austauschs sein. Dann trägt sie dazu bei, Werte zu vermitteln und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Der Lebensraum Schule soll offen sein für alle Begabungen. Schulen als Häuser des Lernens sollen unsere Kinder und Jugendlichen auf das Leben in einer sich immer rascher wandelnden Gesellschaft vorbereiten. Mündigkeit, Fähigkeit zur Demokratie, Selbständigkeit, Disziplin und Teamfähigkeit, selbstständiges Denken und Kreativität sollen künftig als eigenständige und wichtige Bildungsziele stärker gefördert werden.

Wir setzen uns ein für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit mit ausgebildeten Fachkräften.

Die Schule der Zukunft braucht neue Lerninhalte. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Lehrpläne entrümpeln und grundlegend modernisieren. In der Informations- und Wissensgesellschaft müssen unsere Kinder in der Schule vor allem das Lernen lernen.

Lehrerinnen und Lehrer besser ausbilden

Die Leistung unserer Lehrerinnen und Lehrer verdient Respekt und Anerkennung. Der Unmut über die Situation an unseren Schulen darf nicht auf dem Rücken von Lehrerinnen und Lehrern ausgetragen werden.

Für die Schule der Zukunft brauchen wir auch eine neue Lehrerausbildung. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Prüfungsordnungen in den Lehramtsstudiengängen grundlegend überarbeiten. Kenntnisse über den sinnvollen Einsatz neuer Techniken und des Computers gehören künftig zum Pflichtstoff. Wir werden die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer verbessern und verpflichtend machen.

Die Lehrerinnen und Lehrer müssen "Lernberater" für Schülerinnen und Schüler sein. Dieser Rolle können sie nur gerecht werden, wenn sie mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Lehrerinnen und Lehrer müssen nicht Beamte sein. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird anstreben, Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Damit sprengen wir das für die Schule viel zu enge Korsett beamtenrechtlicher Laufbahnvorschriften. Der Zugang zum Lehrberuf muß auch mit anderen Ausbildungsqualifikationen möglich sein. Mit der Einführung der Altersteilzeit werden wir mehr junge Lehrkräfte an unsere Schulen bringen.

Schluss mit dem katastrophalen Unterrichtsausfall

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dem katastrophalen Unterrichtsausfall an unseren Schulen ein Ende bereiten. Dazu werden wir alle frei werdenden Lehrerstellen wieder mit jungen Lehrerinnen und Lehrern besetzen und solange die notwendigen Stellen einrichten, bis die Schülerzahlen wieder rückläufig sind. In den kommenden fünf Jahren werden wir jährlich 1000 zusätzliche Stellen schaffen. Für Krankheitsvertretungen werden wir einen Stellenpool einrichten, der professionell gemanagt wird.

Um dem von der bisher amtierenden Landesregierung ausgelösten Lehrermangel, insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, entgegenzuwirken, werden wir ein Sofortprogramm starten, mit dem junge Menschen für den Beruf als Lehrerin oder Lehrer gewonnen werden sollen. Dazu gehören eine Imagekampagne für den

Lehrerberuf und rechtzeitige Einstellungszusagen. Die Schulen sollen zukünftig selbst Lehrkräfte auswählen können, damit unsere Schulen auch wirklich die Lehrkräfte bekommen, die sie benötigen.

Ganztagsschulen und Ganztagsangebote ausweiten

Der Unterricht der Zukunft erfordert neue Schulformen und neue Schulzeiten. Projektarbeit und praxisnahes, fächerübergreifendes Lernen lassen sich nicht in das starre Schema einer 45-minütigen Unterrichtsstunde am Vormittag pressen. Unsere Schulen brauchen neue Unterrichtsformen und neue Unterrichtszeiten.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Ganztagsschulen und Ganztagsangebote für alle Schularten massiv ausweiten. Wir werden Ganztagesbetreuung für Kindergartenkinder und Grundschüler so ausbauen, dass auch in kleinen Gemeinden und bei kleinen Bedarfsgruppen verlässliche Angebote entstehen. Für die Feststellung eines Bedarfs sind Kriterien festzulegen.

Verlässliche Halbtagsgrundschulen flächendeckend

Für unsere Kinder in den ersten vier Schuljahren werden wir die verlässliche Halbtagsgrundschule mit festen Öffnungszeiten schaffen und für diesen Unterricht die erforderlichen Lehrkräfte bereitstellen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf kostenfreien Unterricht von täglich fünf Zeitstunden an allen Grundschulen und in der Primarstufe der Sonderschulen garantieren. Die Eltern werden wir dabei nicht mit zusätzlichen Kosten belasten.

Zweisprachiger Unterricht in der Grundschule

Europa wächst immer mehr zusammen und Baden-Württemberg ist mitten drin. Bessere Sprachenkenntnisse und größere interkulturelle Kompetenz für Schülerinnen und Schüler aller Schularten gehören daher zu den Grundlagen einer zeitgemäßen Bildung. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler beginnend mit dem Schuljahr 2001/2002 ab der ersten Klasse Sprachenunterricht erhalten. Die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Sprachen hat Vorrang. Noten für den Sprachenunterricht werden in der Grundschule nicht erteilt.

Die Beherrschung der deutschen Sprache fördern

Die gezielte Förderung der Kinder, deren Muttersprache nicht deutsch ist, ist ein wichtiger Beitrag zu Integration und Chancengleichheit. Zum Ende des ersten Schuljahres sollen alle Kinder die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können. Wir werden die Anstrengungen von Kindergärten, Schulen und Jugendhilfe in diesem Bereich unterstützen. Muttersprachliche Unterrichtsangebote werden wir stärken.

Besondere Begabungen fördern

Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen wollen wir durch Kooperation der Regelschulen mit Partnern aus Wirtschaft, Hochschulen und anderen Institutionen zusätzliche Möglichkeiten eröffnen.

Kinder mit Behinderungen integrativ fördern

Kinder mit Behinderungen finden in einem differenzierten System sonderpädagogischer Förderung die besten Entwicklungschancen. Möglichst viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen am gemeinsamen Unterricht teilnehmen.

Das Gymnasium reformieren

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das Gymnasium reformieren. Lerninhalte und Lehrpläne müssen grundlegend überarbeitet und stärker auf die Berufs- und Lebenswelt ausgerichtet werden. Der Zugang zum Gymnasium muss für breitere Bevölkerungskreise selbstverständlich sein. Schon allein um den drohenden Mangel an hochqualifizierten Fachkräften im Land abzuwenden, muss der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten deutlich angehoben werden, um damit ein international vergleichbares Niveau erreichen. Wenn der Ganztagsunterricht am Gymnasium ausgeweitet wird bzw. die Lehrpläne entrümpelt werden, kann auch die Dauer der schulischen Ausbildung verkürzt werden. Das derzeitige G8-Modell werden wir in dieser Form nicht fortführen. In der Oberstufe wollen wir das bewährte Kurssystem erhalten und Wahlmöglichkeiten ausbauen. Die rückschrittliche Oberstufenreform machen wir wieder rückgängig.

Die Hauptschule stärken

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein Konzept zur Stärkung der Hauptschulen in die Praxis umsetzen, um so die Situation an den Hauptschulen dauerhaft zu verbessern. Wir wollen der Hauptschule neue Perspektiven eröffnen und Wege aufzeigen, wie die Hauptschulen im Land modernisiert werden können. Wir wollen, dass in den Sekundarstufen I und II der Schulen die Berufs- und Arbeitswelt stärker in den Lebensraum Schule einbezogen wird.

Den Unterricht an den Realschulen sicherstellen

Die Realschulen leiden derzeit besonders an der mangelhaften Lehrerversorgung. Steigende Schülerzahlen verschärfen die Unterrichtssituation an den Realschulen. Zur Beseitigung der Unterrichtsmisere brauchen die Realschulen umgehend Lehrer. Wir wollen die Kooperation der Realschule mit den Hauptschulen verstärken.

Schulen in freier Trägerschaft vergrößern die Bildungsvielfalt

Schulen in freier Trägerschaft vergrößern die Vielfalt der Bildungsangebote und haben sich immer wieder als Vorreiter für neue pädagogische Konzepte erwiesen. Sie verdienen eine stärkere öffentliche Förderung. Zur besseren finanziellen Absicherung werden wir die Landeszuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft umgehend auf 80 % der Kosten vergleichbarer öffentlicher Schulen anheben. Auch für den Zugang zu privaten Schulen muss letztlich gelten, dass die Entscheidung über die jeweils passende Schulart nicht von den elterlichen Einkommensverhältnissen abhängig sein darf.

Modernisierung und Innovationsfähigkeit in der beruflichen Bildung

Qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter sind das Rückgrat einer gesunden Wirtschaft. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung ein Sofortprogramm für die beruflichen Schulen im Land vorlegen. Um dem dramatischen Lehrermangel kurzfristig abzuhelfen, werden wir Honorar-dozentinnen und -dozenten aus Handwerk, Gewerbe, Handel und Industrie für unsere beruflichen Schulen anwerben.

Eine gute Berufsausbildung ist die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in die Arbeitswelt. Eine SPD-geführte Landesregierung wird das bewährte Duale System der Berufsausbildung erhalten, weiter entwickeln und modernisieren. Wir wollen eine bessere Verzahnung von Beruf und Schule. Deshalb werden wir die beruflichen Schulen so ausstatten und begleiten, dass sie den Anforderungen der Berufswelt gerecht werden und Experten von außen einbeziehen können. Unser Ziel ist die Fort- und Ausbildung aus einem Guss. Wir wollen prüfen, ob Berufsschulen zukünftig nicht nur berufliche Ausbildung, sondern auch berufliche Qualifizierung vermitteln können.

Um Ausbildungsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen, fördern wir die Verbundausbildung. Vor allem kleinere Betriebe, welche zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, wollen wir unterstützen.

Berufliche Schulen sollen Bestandteil einer innovativen regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik werden. Zusammen mit Herstellern und künftigen Anwendern sollen hier neue Produkte und Dienstleistungen diskutiert, beraten und weiterentwickelt werden. Damit wird die Ausbildungsqualität erhöht und Berufsschulen werden zu einem bedeutenden regionalen Standortfaktor gemacht.

Wir wollen schwächeren Schülerinnen und Schülern sowie benachteiligten Jugendlichen durch eine stufenweise Ausbildung eine Brücke zur vollwertigen Qualifizierung für das Berufsleben bauen.

Multi-Media-Offensive

Baden-Württemberg muss beim Einsatz von Informationstechnologien an den Schulen und der Nutzung des Internets für den Unterricht seine finanziellen und pädagogischen Bemühungen vervielfachen, um im internationalen Vergleich Anschluss zu halten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher umgehend eine umfassende Multi-Media-Offensive an allen unseren Schulen starten und mit den Kommunen die Finanzierung dieser Investitionen partnerschaftlich neu regeln. Sie wird die Kommunen als Schulträger dabei unterstützen, die Systembetreuung durch Fachkräfte zu gewährleisten.

Im Unterricht muss die Vermittlung praxisnaher Kenntnisse und Fertigkeiten in der Computernutzung den Schwerpunkt bilden. Wir wollen, dass alle Schulen leistungsfähige Internet-Anschlüsse erhalten und dass jeder Jugendliche bis zu seinem 18. Lebensjahr einen "Internet-Führerschein" machen kann. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die Verlage sollen einbezogen werden, um ein Gesamtkonzept neuer multimedialer Lehr- und Lernangebote an Schulen und Hochschulen für die Fort- und Weiterbildung zu schaffen.

Selbstständigkeit und Eigenverantwortung stärken

Entscheidungen sollen auch im Bildungsbereich möglichst dort getroffen werden, wo die Konsequenzen unmittelbar spürbar sind. Deshalb werden wir unseren Schulen größere Freiräume, Kompetenzen und Verantwortung übertragen, neue Schulformen und Schulstrukturen zulassen und kleinere Klassen schaffen, um besseren Unterricht zu ermöglichen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird überflüssige Bürokratie im Schulbereich abbauen und die Selbstständigkeit der Schulen durch eigene Budget- und Personalhoheit sowie weitreichende Lehrfreiheit ausbauen. Die Schulleitung und die innerschulischen Gremien werden wir stärken. Schule ist auch Lernort der Demokratie. Deshalb wollen wir die Entscheidungsrechte der Schulkonferenz und die Stellung der Schülerinnen und Schüler verbessern. Die Schulkonferenz wird dazu an den weiterführenden Schulen drittelparitätisch besetzt. Schulleitungsstellen werden von der Schulkonferenz besetzt und zeitlich befristet.

Attraktivere Hochschule und Forschung

Unsere Hochschulen verdanken ihren hervorragenden Ruf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Fachgebiete in Lehre, Forschung und Entwicklung erfolgreich vertreten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten in Baden-Württemberg so attraktiv werden, dass für unser Land der leistungsfähigste Nachwuchs gewonnen werden kann und der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg die besten Perspektiven erhält. Das Besoldungsrecht an den Hochschulen werden wir so anpassen, dass es eine qualifizierte Arbeit unterstützt.

Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen mit ihren Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung entscheidend dazu bei, dass sich unsere Wirtschaft ständig erneuern und verbessern kann. Wir werden Kooperation und Austausch zwischen Forschungsstätten und Unternehmen weiter verstärken.

Fachhochschulen sind für uns den Universitäten gleichwertige Hochschulen, die ein eigenständiges, praxisnahes Wissenschaftsprofil besitzen. Wir wollen die Fachhochschulen stärken und die Kooperation mit der mittelständischen Wirtschaft im Land gezielt fördern.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird unseren Hochschulen echte Autonomie geben. Unsere Hochschulen werden sich international nur behaupten können, wenn sie sich in größtmöglicher Autonomie entfalten können und nicht mehr als nachgeordnete Behörde des Wissenschaftsministeriums geführt werden.

Eine stärker eigenverantwortlich handelnde Hochschule lebt von der Gemeinschaft der dort lehrenden, lernenden und arbeitenden Menschen. Deren Erfahrungen und Fähigkeiten müssen durch einen Ausbau der Mitbestimmung besser einbezogen werden. Insbesondere werden wir die studentische Mitbestimmung deutlich ausweiten und institutionell verankern.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass der Zugang zu den Hochschulen unseres Landes nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Deshalb ist für uns die Gebührenfreiheit des Studiums so wichtig. Wir werden Verwaltungs- und Langzeitstudiengebühren in unserem Land wieder abschaffen.

Unsere Hochschulen sollen ein Teilzeitstudium mit qualifiziertem Abschluss anbieten, wie es im Ausland längst Alltag ist. Entsprechende Grundlagen werden wir schaffen.

Wir wollen Wissenschaftlerinnen an unseren Hochschulen stärker als bisher fördern. Frauenförderung beginnt im Studium. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher Karrierewege fördern und dienstrechtlich ermöglichen, die es Frauen erleichtern, die akademische Laufbahn einzuschlagen und in leitende Positionen zu gelangen. Dabei werden wir das Schwergewicht auf Studiengänge legen, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind. Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Aufbau von Frauenstudiengängen fördern und sich bei der Besetzung von Lehrstühlen insbesondere für Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften für einen deutlichen Anstieg des Frauenanteils einsetzen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die internationale Verflechtung in Forschung und Lehre fördern. Wir werden deshalb ein Programm entwickeln, das die bestehenden Förderungsmöglichkeiten für Auslandsaufenthalte zusammenfasst und um ein Landesstipendienprogramm ergänzt. Das Ziel dieses Programms ist: Alle Studierenden an baden-württembergischen Hochschulen müssen die Chance haben, mindestens ein Semester im Ausland zu studieren.

Anspruch auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein Weiterbildungsgesetz schaffen, das den Rechtsanspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Weiterbildung und die staatliche Verantwortung für ein Weiterbildungsangebot festschreibt. Wir werden eine Übersicht über alle vorhandenen Weiterbildungsbausteine erstellen, um Weiterbildungsangebote zu vernetzen und aufeinander abzustimmen.

Die Kosten der Weiterbildung kann nicht allein der Staat tragen. Der Staat muss aber dem Einzelnen Möglichkeiten der Weiterbildung garantieren, und zwar unabhängig vom jeweiligen Arbeitgeber. Die SPD wird die Weiterbildung zum Schwerpunkt der Wirtschafts- und Strukturpolitik machen und die institutionellen Rahmenbedingungen verbessern.

III. Innovationsland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg soll Motor für Fortschritt und Vorbild für erfolgreichen, sozial gerechten Wandel sein, an dem alle Menschen teilhaben. Zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmen, dem Handwerk und der Land- und Forstwirtschaft wollen wir unserem Land einen Spitzenplatz im Wettbewerb der europäischen Regionen sichern.

Bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen bleibt die wichtigste landespolitische Zukunftsaufgabe. Im rohstoffarmen Baden-Württemberg kann dies nur gelingen, wenn wir in Bildung und Qualifizierung der Menschen investieren und Innovationen in Forschung und Technik entschlossen fördern.

Den Aufschwung für alle nutzen

Die SPD-Bundesregierung hat den Reformstau in Deutschland durchbrochen und in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt neuen Schwung entfacht. Diese Politik muss im Land unterstützt und für Baden-Württemberg genutzt werden.

In der Landesregierung wollen wir dafür sorgen, dass alle am Aufschwung teilhaben können. Wir werden uns besonders um die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmern. Sie haben unverzichtbare Erfahrungen. Durch verstärkte Weiterbildung wollen wir ihnen helfen, die Möglichkeiten der neuen Techniken zu nutzen.

Auch in Baden-Württemberg gibt es noch immer zu viele Menschen ohne Arbeit. Vor allem der große Anteil von Menschen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, bereitet uns Sorgen. Um sie wieder in Arbeit zu bringen, werden wir ein Sonderprogramm auflegen. Dabei werden wir zur Verfügung stehende Fördermittel der Europäischen Union nutzen und effektiv zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit einsetzen.

Jedem Jugendlichen eine Chance

Junge Menschen brauchen Ausbildungs- und Berufschancen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird zusammen mit den Arbeitsämtern, den Kammern und den Kommunen dafür sorgen, dass jeder Jugendliche im Land, der keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz hat, innerhalb eines halben Jahres ein konkretes Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangebot erhält. Die Jugendberufshilfe wollen wir stärken. Ziel einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern und den Stellen der Jugendberufshilfe ist es, individuelle Beratung und Betreuung zu organisieren und persönliche Entwicklungspläne als Perspektive für arbeitslose Jugendliche zu erstellen. Durch Stärkung der Schulsozialarbeit an unseren Schulen wollen wir verhindern, dass Jugendliche aufgrund familiärer oder sozialer Probleme in der Schule scheitern. Nachdem die Bundesregierung mit ihrem Jump-Programm einen maßgeblichen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet hat, wird eine

sozialdemokratisch geführte Landesregierung dies mit einem landesspezifischen Programm ergänzen.

Bündnis für Arbeit, Innovation und Qualifizierung

Moderne Wirtschaftspolitik erfordert Dialog. Wir setzen auf Kooperation statt Konfrontation.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern im Land ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Qualifizierung schließen. Im Mittelpunkt dieses Bündnisses wird die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze stehen. Das von der Bundesregierung erfolgreich gestartete "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" muss auch in Baden-Württemberg vorangetrieben werden.

Die Ministerpräsidentin wird dieses Bündnis zu ihrer persönlichen Aufgabe machen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Verbänden der Arbeitgeber und den Kommunen die Weichen für mehr und zukunftsgerichtete Beschäftigung und Ausbildung stellen. Dazu gehört, dass das Land als Arbeitgeber den Ausbau der Teilzeitbeschäftigung, einschließlich der Altersteilzeit, vorantreibt. Im Rahmen des Bündnisses werden wir darauf achten, dass das Land als Auftraggeber Tarifdumping ausschließt, betriebliche Frauenförderung berücksichtigt und auf der Einhaltung von Tarifverträgen besteht.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Beschäftigungsprojekte und -initiativen fördern und unterstützen. Dabei gilt der Grundsatz: Es ist immer besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Modernes Mitbestimmungsrecht

Die Arbeit der Betriebsräte trägt wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Erhalt des sozialen Friedens in den Betrieben bei. Die Beteiligung der Beschäftigten an der Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen ist ein Stück gelebter Demokratie.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Bundesregierung dabei unterstützen, ein modernes Betriebsverfassungsrecht zu schaffen, das den Anforderungen der modernen Wirtschaft gerecht wird. Die Arbeitsfähigkeit der Betriebsräte muss verbessert und die Beteiligungsrechte der Betriebsräte insbesondere in bezug auf Beschäftigungssicherung und Qualifizierung der Arbeitnehmer ausgebaut werden.

Das Land muss bei der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen deshalb das Landespersonalvertretungsgesetz zeitgemäß fortentwickeln und die Rechte der Personalrätinnen und -räte stärken.

Weltoffenes Baden-Württemberg

Der Standort Baden-Württemberg braucht Weltoffenheit. Diese muss sich beweisen im Zusammenleben mit Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, und im lebendigen und engen Kontakten zum Ausland. Das exportstärkste Bundesland kann seinen Standard ohne Weltoffenheit auf Dauer nicht halten.

Die Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist von zentraler Bedeutung. Sie muss im Sinne einer Kultur des gegenseitigen Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders erfolgen. Mit ihrer Arbeitskraft und ihrem unternehmerischen Elan tragen sie zu unserem Wohlstand bei, schaffen Arbeitsplätze und leisten einen unbezahlbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. Wir streben eine gesetzliche Steuerung der Zuwanderung an.

Mittelstand und Handwerk stärken

Mittelständische Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und sind Motor für Innovationen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird eine SPD-geführte Landesregierung Handwerk und Mittelstand stärken. Wir werden die Bildung von Netzwerken zwischen Forschungsreinrichtungen, Unternehmen und Geldinstituten intensivieren, um vorhandene regionale Ressourcen optimal miteinander zu verkoppeln. Mit der Ausweitung dualer Studiengänge an den Fachhochschulen werden wir handwerkliche Praxis und wissenschaftliche Forschung besser miteinander verbinden und dadurch die Innovationsfähigkeit erhöhen. Wir werden ein mittelstandsfreundliches Vergabegesetz schaffen.

Wir unterstützen die Bundesregierung bei der Verbesserung des Meister-Bafögs und sorgen dafür, dass die Vermögensanrechnung gemindert oder das Meisterstück gefördert wird. Damit wollen wir die anstehenden ca. 30 000 Betriebsübergänge in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren erleichtern und zum Motor der Meisterausbildung werden.

Existenzgründungen fördern und neue Dienstleistungsarbeitsplätze schaffen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Schaffung neuer Dienstleistungsarbeitsplätze im Land entschlossen fördern. Baden-Württemberg muss ein ausgeprägtes Dienstleistungsprofil entwickeln, um auch weiterhin eine starke Wirtschaft zu haben.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird nicht hinnehmen, dass Baden-Württemberg bei der Zahl der Existenzgründungen inzwischen hinter anderen Bundesländern zurückbleibt.

Wir werden die zahlreichen, unübersichtlichen Förderprogramme für Existenzgründer bündeln und überschaubar machen. Wir werden den Aufbau von One-Stop-Shops vorantreiben, bei denen Gründungswillige alle notwendigen Informationen zur Existenzgründung an einem Ort und aus einer Hand bekommen. Mit einer kostenlosen Gründungs-Hotline wollen wir potentiellen Existenzgründern einen ersten „Wegweiser in die Selbständigkeit“ anbieten.

Regionale Vielfalt stärken

Wir setzen auf die Stärken der verschiedenen Regionen unseres Landes. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher ein Programm zur Förderung dieser Stärken der einzelnen Regionen entwickeln. Dies wird zusammen mit allen Beteiligten und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg geschehen. Unser Land braucht einen Landesentwicklungsplan, der regionale Entwicklungsschwerpunkte verdeutlicht und festschreibt. Dies kann nur gelingen, wenn die Regionen in ihren Kompetenzen deutlich gestärkt werden. Aufgaben der Wirtschaftsförderung und der Strukturpolitik müssen vor allem bei den Regionen angesiedelt werden. Überflüssige Verwaltungsebenen im Land werden wir abbauen.

Solide Finanzpolitik

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Landeshaushalt konsolidieren. Die politische Handlungsfähigkeit des Landes und die Gestaltungsmöglichkeiten kommender Generationen müssen gewahrt werden. Denn allein eine solide Finanzpolitik schafft die Spielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen.

Wir werden den Erlös aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen in vollem Umfang zum Abbau von Schulden verwenden. Mit den eingesparten Zinsen werden wir Zukunftsinvestitionen für Bildung und Beschäftigung anstoßen.

Darüber hinaus werden wir spätestens zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorlegen, der ohne neue Schulden auskommt.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das Problem der steigenden Pensionslasten endlich ernst nehmen, indem für jeden neueingestellten Beamten in einen Pensionsfonds Vorsorge getroffen wird. Dies ist auch ein Beitrag zur Haushaltsehrlichkeit.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vornehmen, die in den Kommunen tatsächliche Einnahmen-/Ausgabentransparenz herstellt. Die Kommunen sollen über mehr Mittel zur eigenständigen Verwendung verfügen.

Bei der Reform des Länderfinanzausgleichs wird eine SPD-geführte Landesregierung eine rasche Lösung auf politischem Weg anstreben. Entscheidend ist dabei, dass Sondervorteile abgebaut und dass es keine Rangfolgeverschiebungen zwischen den Bundesländern gibt. Die neuen Bundesländer werden noch auf absehbare Zeit unserer Solidarität bedürfen.

IV. Moderne Infrastruktur für das Verkehrsland Baden-Württemberg

Eine moderne Infrastruktur ist ein Standortvorteil für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Sie ist aber auch Voraussetzung für Lebensqualität und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger im Land. Eine SPD-geführte Landesregierung wird durch eine dynamische Infrastrukturpolitik Baden-Württembergs Verkehrsinfrastruktur sichern und weiterentwickeln. Verkehrsvermeidung und die Förderung von umweltschonendem Verkehr haben dabei Vorrang.

Schiene: Mit "Baden-Württemberg 21" das Land zum Treffpunkt Europas machen

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung räumt Schnellbahnstrecken, welche die Zentren unseres Kontinents verbinden, Vorrang ein. Baden-Württemberg muss in das europäische Schnellbahnnetz gut eingebunden und schnell erreichbar sein. Wir wollen ein "Baden-Württemberg 21", nämlich eine umfassende Schienenkonzeption für Baden-Württemberg.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich deshalb für den Ausbau der Nord-Süd-Strecke im Rheintal bis Basel und der Ost-West-Strecke aus Frankreich mit den zu bauenden Kernstücken nach Mannheim und Stuttgart - Ulm entschlossen einsetzen. Beim Bau der Strecke Stuttgart - Ulm machen wir uns stark für eine Vorfinanzierung durch das Land, die für einen angemessenen Zeitraum die Bahn AG entlastet.

Anschlüsse zum Bodensee und in den fränkischen Raum, die bessere Verbindungen zu den südlichen Nachbarn und nach Ostdeutschland schaffen, ergänzen das Netz. Alle Knotenpunkte, insbesondere Stuttgart 21 und Mannheim 21, sollen im Zusammenwirken von Bahn, Bund und Land sowie Regionen und Städten zu attraktiven Fern- und Nahverkehrszentren ausgebaut werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Schnellbahnstrecken und Knoten eng mit dem Nahverkehr verknüpfen. Die Finanzierung des Nahverkehrs darf nicht unter den großen Projekten leiden. Deshalb müssen die Interregio-Linien erhalten bleiben. Sie tragen gemeinsam mit den Regionalverbänden zu einem flächendeckenden Taktverkehr bei.

Wir streben die Erhaltung und Reaktivierung von Nebenstrecken, die Stärkung und die Verknüpfung der Verkehrsverbünde und eine Ausweitung des Regionalverkehrs im ländlichen Raum an. Wir wollen behutsam in einen Wettbewerb auf der Schiene einsteigen und die Kombination von Mobilität, Informationstechnik und Service zu einem Gütesiegel unseres Landes machen.

Eine aktive Infrastrukturpolitik rund um Schiene und Betriebe soll den Rückgang der Gütertransporte auf der Schiene stoppen. Die Schiene muss mit Wasserwegen und Straße abgestimmte Versorgungswege bilden. Wir brauchen insbesondere mehr Güterverkehrszentren. Diese müssen regionalplanerisch ausgewiesen sein und vorrangig gebaut werden.

Straßenbau: Verkehr flüssiger machen

In der Verkehrspolitik hat die Landesregierung in den letzten Jahren kläglich versagt. Durch eine unseriöse Spatenstich-Politik wurden Projekte begonnen, ohne dass eine realistische Finanzplanung vorlag. Dieses Versagen holt das Land nun ein. In keinem anderen Bundesland wurden so viele Straßen in den letzten Jahren durch private Vorfinanzierungen auf Pump gebaut. Insgesamt belaufen sich allein die Kosten der privat vorfinanzierten Straßenbauprojekte im Land auf über eine Milliarde DM. Das ist mehr als ein Fünftel der Kosten der insgesamt in der Bundesrepublik privat vorfinanzierten Projekte.

Unser Land braucht Straßenneubau und Straßensanierung. Um unerträgliche Engpässe und Belastungen für die Bürger abzuschaffen, sind wir für den Bau neuer Straßen. Wir engagieren uns beim Bund für die Finanzierung solcher Projekte in Baden-Württemberg.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird bei den anstehenden Projekten Prioritäten setzen. Wichtig sind für uns der Bau von Umfahrungen für hoch belastete Städte und Gemeinden. Bei den Autobahnen ist die Beseitigung der Engpässe, also die Erweiterung der A5 sowie der Ausbau der A6 und A8 bis zur Landesgrenze nach Bayern vorrangig. Stark belastete Bundesstraßen sind gemäß einer Prioritätenliste schnell auszubauen, und zwar vor allem in Gestalt von Umfahrungen hoch belasteter Städte und Gemeinden. Wir wollen das von der bisherigen Landesregierung sträflich vernachlässigte Landesstraßennetz wieder in einen ordentlichen Zustand versetzen und den Bau dringend benötigter Ortsumfahrungen beschleunigen.

Wasser und Luft: Die Stärken des Landes ausbauen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Rhein und Neckar als unsere Wasserstraßen intakt und sicher schiffbar halten. Wir wollen notwendige Verladestationen ausbauen. Neue Navigationstechnologien auf den Schiffen sollen zügig eingeführt werden. Binnenschifffahrt ist ein wichtiger Teil der Verkehrsinfrastruktur, der auch die Straße entlastet.

Im internationalen Flugverkehr braucht der leistungsstarke Wirtschaftsraum Baden-Württemberg eine gute Anbindung. Den Landesflughafen und die weiteren Flugplätze im Land werden wir in ein leistungsstarkes und arbeitsteiliges Flughafenangebot für das gesamte Land integrieren. Die Anbindung an Hochgeschwindigkeitsnetze der Bahn sorgt für Entlastung und Komfort .

Messestandort Baden-Württemberg

Baden-Württemberg braucht leistungsfähige Messen als "Schaufenster zur Welt". Notwendig ist ein Messe-Konzept für ganz Baden-Württemberg. Die neue Landesmesse wollen wir gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung verwirklichen. Entscheidend für den Messestandort Baden-Württemberg ist auch ein gemeinsames Vermarktungskonzept der regionalen Messen.

Information und Kommunikation: Die Infrastruktur der Zukunft

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Baden-Württemberg zu einem Musterland in der Anwendung von Informationstechnik in Wirtschaft, Bildung, öffentlicher Verwaltung und Gesellschaft machen.

Wir werden die Infrastruktur für das Internet in den Städten und in der Fläche stärken. Wir brauchen breitbandige Leitungen zwischen Hochschulen, öffentlichen Verwaltungen und Betrieben mit neuesten Übertragungsstandards. Wir wollen die Höchstleistungs-Rechenzentren an den Universitäten Karlsruhe und Stuttgart im Wettbewerb um beste technisch-wissenschaftliche Services unterstützen.

Verwaltung modernisieren

Baden-Württemberg braucht eine moderne bürgerorientierte Verwaltung. Wir wollen weg von dem "Vater Staat", der noch vom obrigkeitstaatlichen Denken geprägt ist und hin zu einem "Partner Staat". Dazu sind der Abbau nicht mehr zeitgemäßer Hierarchien, mehr Transparenz und mehr eigenverantwortliches Handeln in der Verwaltung erforderlich. Die Bürgerinnen und Bürgern müssen staatliches Handeln nicht nur nachvollziehen und verstehen können, sondern zur Mitwirkung gewonnen werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Verwaltungsreform konsequent vorantreiben. Effizienz beim Einsatz der Steuergelder, Transparenz, Rechenschaft über das eigene Tun und Eingehen auf die Bedürfnisse der Menschen müssen Leitlinien einer modernen Verwaltung sein. Den für das Land tätigen Menschen werden wir mehr Eigenständigkeit bei ihrer Tätigkeit einräumen.

Neuer und besserer Bürgerservice in der Landesverwaltung und in den Städten und Gemeinden soll zügig angeboten werden. So sollen alle Baden-Württemberger zukünftig ihre Steuererklärung, ihre Kfz-Zulassung und ihre Entsorgungsgebühren online zur Bearbeitung geben können. Entsprechende Pilotprojekte wird die SPD-geführte Landesregierung unterstützen.

Unser Ziel ist es, in Bürgerbüros Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die Ansprechpartner sind und ämterübergreifend beraten. Für die Zukunft gilt: Die Verwaltung muss zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt.

V. Soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg

Das Kinderland

Baden-Württemberg hinkt bei der Kinderbetreuung weit hinterher. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Sicherung eines bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Angebotes an Tageseinrichtungen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Wir wollen die Vielfalt und die Qualität des Kinderbetreuungsangebots im Land fortentwickeln. Kindergärten und andere Tageseinrichtungen für Kinder haben neben der Betreuungsaufgabe einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb ein Kindertagesstättengesetz für Baden-Württemberg schaffen, das die Förderung von Kindern bis zum Alter von 14 Jahren in Tageseinrichtungen umfassend regelt und das neuen inhaltlichen Herausforderungen gerecht wird.

Die Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter stellen hohe fachliche Anforderungen. Wir werden die Ausbildung in den erzieherischen Berufen zeitgemäß fortentwickeln.

Familien fördern

Familien sind das soziale Kapital unserer Gesellschaft. Hier erfahren Kinder und Jugendliche Solidarität, Fürsorge und persönliche Zuwendung. In den verschiedenen Familienformen werden Kindern und Jugendlichen Werte des menschlichen Zusammenlebens vermittelt, die für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend sind.

Wir wollen Familien stärken und Baden-Württemberg zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland machen. Familie ist für uns dort, wo Kinder sind. Wir sind offen für eine plurale Gesellschaft mit sich wandelnden Familienformen und Lebensstilen.

Wir streben eine Gesellschaft an, die Frauen und Männern mehr Wahlmöglichkeiten und Partizipationschancen in der Lebensgestaltung bietet, um Familienleben, Arbeitswelt und individuelle Bedürfnisse vereinbaren zu können.

Wir wollen bezahlbare Wohnungen für Familien schaffen. Familien mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien und allein Erziehende müssen in den Mittelpunkt der staatlichen Wohnungsbauförderung gestellt werden. Da viele dieser Familien keine Chance haben, Wohneigentum zu erwerben, brauchen wir den sozialen Mietwohnungsbau.

Wir wollen mehr Wahlfreiheit für Eltern beim Landeserziehungsgeld. Eltern sollen künftig wählen können, ob sie das Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld beziehen wollen oder gleichzeitig.

Das Landesgleichberechtigungsgesetz weiter entwickeln

Der öffentliche Dienst muss bei der Frauenförderung eine Vorbildfunktion haben. Notwendig sind deshalb wirksame Instrumente zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst. Wir wollen das Landesgleichberechtigungsgesetz grundlegend überarbeiten, um die Rechte der Frauenvertreterinnen zu stärken und um Mängel des Gesetzes zu beseitigen. Wir wollen durch eine Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung die Kommunen verpflichten, kommunale Frauenbeauftragte zu bestellen. In den Landkreisen und in Städten über 20 000 Einwohnern ist diese Stelle hauptamtlich zu besetzen. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem eine solche Verpflichtung bisher fehlt.

Menschenwürde und Selbstbestimmung

Aktive gesellschaftliche Teilhabe und politisches Engagement enden nicht mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Schon heute wird das gesellschaftliche Leben unseres Landes durch die ältere Generation nachhaltig bereichert. Wir wollen die Arbeit der Stadt- und Kreisseniorenräte und des Landesseniorenrates fördern und unterstützen. Die Beteiligungsrechte der Kreis- und Stadt seniorenräte bei kommunalpolitischen Entscheidungen wollen wir gesetzlich verbindlich regeln.

• Wohnen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Bau altengerechter Wohnungen und alten- und behindertengerechte Wohnungsanpassungen mit gezielten Programmen fördern. Wir wollen neue Modelle für das Wohnen im Alter entwickeln z. B. durch genossenschaftliche Projekte.

• Mobilität

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dem Ziel einer möglichst barrierefreien Umwelt durch verstärkte Anstrengungen zum barrierefreien Bauen und zur barrierefreien Gestaltung öffentlicher Räume und Verkehrsmittel Rechnung tragen. Zur Rücksichtnahme auf die Lebensbedürfnisse alter Menschen gehört auch, ihren Aktionsradius zu erhalten, zum Beispiel durch verkehrsberuhigte Zonen und einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr.

• Beratung und Unterstützung im Vorfeld und Umfeld der Pflege

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass ältere Menschen möglichst lange ein Leben in Selbständigkeit und Würde in ihrer vertrauten Umgebung führen können. Wenn Pflege in einem Heim erforderlich ist, müssen ältere Menschen ihren Heimplatz frei wählen können.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird im Land flächendeckend Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen schaffen. Die meisten pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause gepflegt. Angehörige brauchen im Vorfeld und Umfeld der Pflege nicht nur Hilfe und Unterstützung durch ambulante Dienste, sondern auch eine kompetente und neutrale Beratung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Betreuung durch die Angehörigen im sozialen und öffentlichen Umfeld fördern und unterstützen.

• Rehabilitation hilft Pflegebedürftigkeit vermeiden

Pflegebedürftigkeit muss durch gezielte geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen solange wie möglich vermieden werden. Im Bereich der ambulanten und teilstationären Rehabilitation brauchen wir in Baden-Württemberg neue Angebote. Notwendig ist die Schaffung eines gestuften und eng miteinander verzahnten Versorgungssystems, das ambulante Hilfe und Pflege in der häuslichen Umgebung, teilstationäre Versorgung in Tageskliniken und stationäre Krankenbehandlung bzw. pflegerische Versorgung im Pflegeheim umfasst.

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen. Qualifizierte Pflegekräfte müssen die Möglichkeit haben, sich an Fachhochschulen weiterzuqualifizieren. Wir brauchen an den baden-württembergischen Hochschulen dafür neue Studiengänge. Hier ist Baden-Württemberg Schlusslicht unter den Bundesländern.

VI. Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken

Bei vielen Menschen wächst der Wunsch, ihre Angelegenheiten gemeinschaftlich in eigener Verantwortung zu regeln. Das zeigt sich in Bürgerinitiativen, Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfegruppen und vielfältigem sozialem Engagement. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Viele Aufgaben können ehrenamtlich schneller, besser und sachgerechter gelöst werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu einer Querschnittsaufgabe machen, bei der Land und Kommunen eng mit Verbänden, Vereinen und Institutionen zusammenarbeiten. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Ehrenamt auf allen Ebenen fördern.

Wir beteiligen Bürgerinnen und Bürger

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger früher und besser an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Deshalb werden wir die Möglichkeiten direkter Demokratie in Baden-Württemberg ausbauen. Die Zustimmungs- und Beteiligungsquoten bei Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene wollen wir daher senken.

Insbesondere in den Kommunen unseres Landes werden wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessern. Deshalb werden wir die Themenpalette für kommunale Bürgerbegehren und -entscheide erweitern und die Zustimmungsquoren senken.

Demokratie ist aber mehr als die Beteiligung an Abstimmungen. Wir werden daher bei allen Entscheidungen die Betroffenen und ihre Vertretungen früh und intensiv in die Entscheidungsprozesse einbinden.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Beteiligungsmöglichkeiten gerade junger Menschen an politischen Entscheidungen ausbauen und das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf das vollendete 16. Lebensjahr absenken. Wir wollen Jugendgemeinderäte mit Antragsrecht, Jugendforen, Jugendhearings und Zukunftswerkstätten fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche selbst entscheiden, in welcher Form sie sich an politischen Entscheidungen beteiligen.

Landräte sollen direkt vom Volk gewählt werden. Sie sollen nicht mehr dem Landtag angehören dürfen ebenso wie Bürgermeister und Oberbürgermeister, die dann auch nicht mehr den Kreistagen angehören sollen.

Kunst und Kultur fördern

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die kulturelle Vielfalt in Baden-Württemberg bewahren und fördern. Wir wollen neben einer verlässlichen und den Bestand sichernden Förderung in den großen Sparten Theater, Musik, Museen und Darstellende Kunst durch gezielte Projektförderung innovative Projekte unterstützen. Dies gilt auch für die vielen freien und alternativen Kulturzentren, die den Reichtum und die Vielfalt unseres kulturellen Lebens mit bestimmen, in der auch die Kulturen von Zuwanderern ihren Platz finden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Freiräume für kulturelle Vielfalt und Vitalität gewährleisten. Die Kunstkonzeption des Landes muss im Dialog mit den Kunturschaffenden zu einer Kulturkonzeption ausgebaut und zeitgemäß weiterentwickelt werden.

Durch eine gezielte Beschaffungspolitik des Landes werden wir junge Künstlerinnen und Künstler und Kleinverlage fördern.

Kunst und Kultur sind zu Wirtschafts- und Standortfaktoren ersten Ranges geworden. Deshalb muss deren Förderung in regionale Strukturprogramme eingebettet und die regionale Verantwortung für Kunst- und Kulturförderung ausgebaut werden.

Die kulturelle Vielfalt unseres Landes ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Lebensqualität. Eine SPD-geführte Landesregierung wird damit über die Landesgrenzen hinaus für Baden-Württemberg werben.

Den Sport, das Ehrenamt und die Vereine fördern

Im Sport suchen und finden heute mehr Menschen denn je Erholung, Gemeinschaft und Selbstverwirklichung. Die Sportvereine sind eine große soziale Bewegung in unserem Land. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb den Sport fördern und das Ehrenamt stärken.

Wir wollen die einschneidenden Mittelkürzungen der vergangenen Jahre für den Sport zurücknehmen und die Fähigkeit des organisierten Sports stärken, neue Aufgaben anzugehen, sich den gesellschaftlichen Problemen zu stellen und gleichzeitig für alle Menschen offen zu stehen - unabhängig von deren Geldbeutel.

Wir setzen uns dafür ein, sowohl dem organisierten als auch dem unorganisierten Sport bessere Rahmenbedingungen zu geben. Im Mittelpunkt steht für uns die Förderung der Gesundheitsbildung durch Sport, Spiel und Bewegung. Insbesondere wollen wir die Initiativen der Sportvereine und des Schulsports im Rahmen von Landesprogrammen gezielt unterstützen. Wir werden das ehrenamtliche Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen stärken und nachhaltig fördern.

Moderne Jugendpolitik

Für uns ist kinder- und jugendfreundliche Politik eine Aufgabe, der sich alle Bereiche der Landespolitik stellen müssen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb eine Gesamtkonzeption entwickeln, die das Belange der Jugend berührende Handeln aller Ministerien zusammenfasst.

Um die Handlungsempfehlungen der Jugendenquetekommission wirksam umsetzen zu können, werden wir eine jugendpolitische Koordinierungsstelle einrichten. Wir werden ein Landesjugendkuratorium einrichten, dem neben Vertretern der Jugendhilfe auch Repräsentanten der Wirtschaft und Gewerkschaften angehören. Wir werden die offene Jugendarbeit stärker fördern.

VII. Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

Unsere Umwelt und Natur vor der Zerstörung zu bewahren, ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität. Eine SPD-geführte Landesregierung wird ökologische Innovationen fördern und den Umwelt- und Naturschutz stärken. Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Wir wollen Baden-Württemberg zum führenden Bundesland in der Umwelttechnologie machen. Der schonende Umgang mit Ressourcen, die Vermeidung von Umweltbelastungen und die Herstellung umweltverträglicher Produkte wird ein zunehmend wichtiger Standortvorteil sein.

Die Zukunft des Ländlichen Raumes sichern

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Zukunft des Ländlichen Raumes durch eine gut aufeinander abgestimmte Planung von Land und Kommunen sowie eine spezifische Regionalplanung sichern.

Die Landwirtschaft ist das wirtschaftliche Rückgrat und die wichtigste gestalterische Kraft unserer ländlichen Räume. Wir streben eine möglichst flächendeckende Landbewirtschaftung an, die langfristig flächendeckend ökologisch ausgerichtet ist. Moderner Naturschutz ist kein Feind der Landwirtschaft, sondern ihr Verbündeter und eine zusätzliche Einkommensquelle für die Landwirte.

Wir wollen eine Landespolitik, die besonders den Landwirtschaftsbetrieben, die unter ungünstigen Rahmenbedingungen arbeiten müssen, ein ausreichendes Einkommen sichert. Deshalb wollen wir eine deutliche Verbesserung der Förderung regionaler Vermarktung, ökologischer Wirtschaftsweisen, landschaftspflegerischer Maßnahmen und des sanften Tourismus.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Produktion von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffe gezielt gefördert und die Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft intensiviert wird.

Die BSE-Krise hat deutlich gemacht, dass wir rasch auf eine artgerechte Tierhaltung in allen Bereichen umstellen müssen. Dies muss von den Futtermitteln bis zu Stallungen reichen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird an das Herkunfts- und Qualitätszeichen (HQZ) neue, höhere Anforderungskriterien stellen. Damit verbinden wir die Zukunftschancen der ökologischen und naturnahen Landwirtschaft mit den Interessen und dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Den Verbraucher- und Gesundheitsschutz stärken

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Verbraucher- und Gesundheitsschutz stärken und die ökologische Landwirtschaft fördern. Wir werden ein mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattetes Landesamt für Verbraucherschutz schaffen, in dem die Lebensmittelkontrolle zentral gebündelt wird und das für die Kontrolle und Aufsicht sowohl der Ausgangsstoffe und der Produktionsprozesse als auch der Zwischenprodukte und der erzeugten Lebensmittel zuständig ist.



Modernes Energieland Baden-Württemberg

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Energieversorgung in Baden-Württemberg modernisieren. Unser Ziel ist eine nachhaltige Energieversorgung, die umweltverträglich, preisgünstig und sicher ist. Der Anteil der regenerativen Energien muss massiv erhöht, die Brücke ins Solar- und Wasserstoffzeitalter gebaut werden. Energieeffizienz und Energieeinsparung, Ausbau der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung, der Solarenergie, der Brennstoffzellentechnologie und weiterer regenerativer Energien sind die Ziele unserer Energiepolitik. Im Bereich der regenerativen Energien und der nachwachsenden Rohstoffe kommt der Landwirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Baden-Württemberg hat mit insgesamt fünf Atomkraftwerken einen Atomstromanteil von über 60 Prozent. Damit liegt es erheblich über dem Bundesdurchschnitt von ca. 30 Prozent. Zugleich sind in Baden-Württemberg auch heute noch die Strompreise am höchsten.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg das führende Land bei der Nutzung regenerativer Energien wird. Der Schlüssel dazu ist die Neuordnung der Energieversorgung. Dazu gehören Markteinführungsprogramme besonders für die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Durch eine Politik, die der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien Vorrang einräumt, gewinnen alle: Gesellschaft, Wirtschaft, Verbraucher und Umwelt. Deshalb ist ein Energieeffizienz- und ein Energiesolarpakt notwendig, der die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen bündelt und zu einem Gesamtprogramm zusammenfügt. Die schädlichen Kohlendioxidemissionen, die überwiegend durch die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas entstehen, wollen wir um bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent senken.

Energie effizienter nutzen

Energieeinsparung ist die wichtigste und kostengünstigste Energiequelle. Bei einem jährlichen Effizienzwachstum von nur drei Prozent kann langfristig der Verbrauch halbiert werden. Die wichtigste Alternative zum Atomstrom ist deshalb die Energieeffizienz und die bessere Nutzung alternativer Energien. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich entschlossen für höhere Energieeffizienz einsetzen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein Förderprogramm zur Energiesanierung der Altbaubestände auflegen. Wir werden öffentliche Gebäude des Landes vorbildlich energetisch sanieren. Wir werden die Kommunen verpflichten, mit gutem Beispiel - insbesondere bei ihren Einrichtungen - voranzugehen. Für Neubauten werden wir strenge Energieverbrauchsrichtlinien durchsetzen. Das schafft langfristig Arbeitsplätze für das Handwerk.

Solarland Nummer 1

Die Kraft der Sonne ist die Energiequelle der Zukunft: in der Form von Wind, Wasser, Wärme, Wachstum der Pflanzen und Solarstrom. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb den Ausbau der solaren Energienutzung entschlossen fördern. Wir werden Baden-Württemberg zum deutschen Solarland Nummer 1 machen.

Wir werden weitere Anreize schaffen, um der Solarenergie zum Durchbruch zu verhelfen. Über Förderprogramme und das Baurecht werden wir Niedrigenergiehäuser und Solaranlagen zur Regel machen. Auch bei Altbauten schaffen wir die notwendigen Anreize. Ebenso werden wir die Solarforschung und -ausbildung an den Hochschulen und Fachhochschulen vorantreiben.

Der Schwarzwald und die Schwäbische Alb sind hervorragende Standorte für Windkraftanlagen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deren Ausbau fördern. Sie wird dafür sorgen, dass Genehmigungsverfahren für Fotovoltaikanlagen und für Wind- und Wasserkraftwerke beschleunigt werden. Bau und Wartung der Anlagen schaffen Arbeitsplätze für die Bauwirtschaft und die Elektrizitätswirtschaft. Die Nutzungsentgelte für die Grundstückseigentümer stützen die Landwirtschaft in strukturschwachen Regionen. Wir streben einen vernünftigen Ausgleich mit dem Landschaftsschutz an.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, durch Kraft-Wärme-Kopplung die Energieträger besser zu nutzen, indem wir aus ihnen Strom und Wärme gleichzeitig gewinnen.

Arbeitsplätze schaffen durch dezentrale Energieversorgung

Die Zentralisierung der Energiewirtschaft durch Fusionen der großen Konzerne vernichtet Arbeitsplätze. Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung sind wesentlich beschäftigungsintensiver. Ganz besonders profitieren davon das örtliche Handwerk und Gewerbe. Viele kleine Anlagen können und müssen gebaut, montiert, modernisiert und gewartet werden. Hunderttausende von bestehenden Gebäuden gehören dringend energetisch saniert. Wir schaffen Arbeitsplätze vor Ort – dort wo die Menschen im Land leben. Den Strukturwandel an den Kernkraftwerksstandorten werden wir unterstützen.

Die kommunalen Energieversorger erhalten

Treibende Kraft einer neuen nachhaltigen Energiepolitik sind seit Jahren die Kommunen. Wir werden die Stromkonzerne bei ihren Versuchen aufhalten, die kommunale Energieversorgung in Baden-Württemberg wirtschaftlich zu ruinieren, um sie danach aufzukaufen. Wir werden den Kommunen helfen, den eingeschlagenen dezentralen Kurs zu halten und die Unabhängigkeit der eigenen Energieversorgung zu wahren.

VIII. Sicheres Baden-Württemberg

Rechtsextremismus

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Straftaten unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel energisch bekämpfen. Dazu gehören u.a. effektive Sonderermittlungsgruppen beim Landeskriminalamt, die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Bund und Ländern, das verstärkte Vorgehen gegen strafbare rechtsextremistische Propaganda, die Verstärkung der Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten, Projektstage an Schulen und Fahrten zu Gedenkstätten.

Kriminalität

Der Schutz vor Kriminalität, vor Gewalt, vor Eigentumsverlust ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen. Sicherheit ist wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Wer Angst davor hat, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist in seiner Freiheit fundamental eingeschränkt. Wer tatsächlich Opfer eines Verbrechens wird, verliert oft mehr als nur ein Stück seiner körperlichen Unversehrtheit, einen Teil seines Eigentums. Er verliert auch das Gefühl der Geborgenheit in seinem Wohnumfeld oder in seiner Gemeinde. Und er verliert nur zu oft auch das Vertrauen in die Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates. Sicherheit und Freiheit bedingen einander.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern schaffen. Nur so kann die Kriminalität in unserem Land wirksam bekämpft und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.

Schutz von Frauen und Kindern

Wir wollen Frauen und Kinder vor Gewalt schützen. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung die Finanzierung der Frauenhäuser im Land auf eine sichere Grundlage stellen. Hier sehen wir vor allem Kreise und Kommunen in der Pflicht. Um Frauen und Kinder zu schützen, wollen wir bei häuslicher Gewalt den prügelnden (Ehe-)Mann konsequent aus der Wohnung weisen und hierfür auch auf Landesebene eine einheitliche Rechtsgrundlage schaffen.

Die Präsenz der Polizei auf der Straße verstärken

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Präsenz der Polizei auf der Straße verstärken. Wir wollen die Polizeidichte durch zusätzliche Planstellen bei der Polizei erhöhen. Wir wollen die Polizeidirektionen leistungsfähiger machen und die Polizeibeamten stärker von bürokratischen und polizeifremden Aufgaben entlasten, damit sie für Bürgerinnen und Bürger besser ansprechbar sein können. Dazu werden wir den Ausbildungsberuf des/der Polizeifachangestellten schaffen.

Videokameras dürfen nicht Ersatz für Polizeipräsenz sein, indem sie dazu eingesetzt werden, Scheinsicherheit zu vermitteln. Videoüberwachung muss Teil eines polizeilichen Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung von Straftaten sein und die Polizei vor Ort dabei unterstützen, gezielt zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten tätig zu werden. Bildaufzeichnungen dürfen nur zur Verfolgung von Straftaten verwendet werden. Sie sind, sobald sie nicht mehr benötigt werden, unverzüglich zu löschen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird zur Unterstützung und Ergänzung der Polizeiarbeit vor Ort ein datenschutzrechtlich einwandfreies Konzept zur gezielten Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten vorlegen.

Zweigeteilte Laufbahn für unsere Polizistinnen und Polizisten

Wir unterstützen den Wunsch der Polizeibeamtinnen und -beamten nach leistungsgerechter Bezahlung und der Einführung einer zweigeteilten Laufbahn. Auch die Angestellten bei der Polizei sollen bessere Aufstiegschancen erhalten. Die technische Ausstattung der Polizei muss nachhaltig verbessert werden.

Kommunale Kriminalitätsprävention

Damit Kriminalität erst gar nicht entsteht, wird eine SPD-geführte Landesregierung die kommunale Kriminalitätsprävention intensivieren. Politische Entscheidungsträger, Institutionen und Betroffene sollen vor Ort mit der Polizei zusammenarbeiten und gemeinsame Konzepte entwickeln, wie soziale Brennpunkte entschärft und die Jugend- und Gewaltkriminalität verringert werden können.

Hilfe statt Strafe

Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine Drogenpolitik verfolgen, die auf Hilfe für die Abhängigen und gesundheitliche Vorsorge zielt. Prävention und Aufklärung sowie Behandlung und Hilfe haben für uns Vorrang. Bestraft werden müssen Drogenhändler, nicht die Opfer.

Polizei und Justiz

Für Polizei und Justiz müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen wesentlich verbessert werden, um die Wirtschafts- und organisierte Kriminalität wirksamer bekämpfen zu können. Vor allem das Instrument der Vermögensabschöpfung muß verstärkt angewandt werden. Die dabei eingezogenen Geldmittel und sonstigen Vermögensgegenstände wollen wir nach dem Ausgleich von Opferansprüchen für eine bessere Ausrüstung der Polizei und der Justiz verwenden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird für eine Justiz sorgen, die bürgernah, transparent und unabhängig von äußeren Einflüssen ihre schwierige Aufgabe erfüllt. Die Justiz muss personell und sächlich so ausgestattet werden, dass Verfahren zügig erledigt und Rechtsuchende nicht zu lange auf ein Urteil und dessen Vollstreckung warten müssen. Wir wollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die ortsnahe Gerichtsbarkeit einschließlich der kleinen Amtsgerichte erhalten.

Die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft werden wir stärken, indem das Weisungsrecht gesetzlich auf die Einhaltung des Legalitätsprinzips reduziert wird.

IX. Die Menschen gewinnen

Wir arbeiten für ein modernes und sozial gerechtes Baden-Württemberg. Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein kinder- und familienfreundliches Bildungs- und Innovationsland wird, das von einer modernen Infrastruktur, einer zukunftsgerichteten Umwelt- und Energiepolitik und gesunden Lebensverhältnissen geprägt ist.

Damit die Menschen auch in Zukunft gerne in diesem Land leben.

Es ist Zeit.